

„FRANK & FREI“

Ein Präsident für 37 Cent

Von Tobias Peter, 13.01.12, 08:58h, aktualisiert 13.01.12, 10:09h

Viel Zündstoff bot die Wulff-Debatte auch während der Auftaktveranstaltung der Kölner-Stadt-Anzeiger-Gesprächsreihe „frank & frei“ im studio dumont, doch der ganz große Knall blieb aus. Denn Gäste und Publikum diskutierten mit vielen Zwischentönen.



Bundespräsident Christian Wulff (Bild: rtr)

KÖLN - „Christian Wulff hat über Freunde einen Kredit bekommen – in einer Zeit, die wirtschaftlich für ihn schwierig war, weil er sich in einem Scheidungsverfahren befand.“ Ursula Heinen, Kölner Bundestagsabgeordnete und Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, sagt's – und schon schlagen ihr Hohn und Gelächter aus dem Publikum entgegen. Das neue Verb „wulffen“, das im Volksmund für „jemandem wütend auf die Mailbox sprechen“ steht, unter CDU-Politikern heißt es wohl eher: stellvertretend für den Bundespräsidenten den Spott

entgegen nehmen.

Unter dem Titel „frank & frei“ hat der „Kölner Stadt-Anzeiger“ am Donnerstagabend im studio dumont mit einer neuen Gesprächsreihe das politische Jahr 2012 begonnen. Chefkorrespondent Joachim Frank, der dort künftig regelmäßig Politiker und Leser zusammenbringen wird, hat mit Vertretern von CDU bis Linkspartei durch eine Diskussion zu dem Thema geführt, das derzeit wie kein anderes die Gemüter bewegt: die Debatte über Bundespräsident Wulff, seinen 500.000-Euro-Privatkredit, seine Urlaube bei Unternehmerfreunden und seinen Umgang mit der Krise sowie mit den Medien.

Viel Zündstoff also, doch der ganz große Knall bleibt aus. Denn während Heinen jemanden verteidigen muss, über den sie sich – wie sie zugibt – auch selbst geärgert hat, möchte auch die politische Konkurrenz das Amt des Bundespräsidenten nicht beschädigen. Statt platter Rücktrittsforderungen gibt es also viele spannende Zwischentöne. Der Kölner SPD-Chef Jochen Ott wirft Wulff vor, den ohnehin geringen Kredit von Politikern in der Bevölkerung weiter vermindert zu haben – zulasten der vielen, die ehrlich und oft ehrenamtlich arbeiteten. „Die müssen sich jetzt wieder alle fragen lassen: Und welchen Kredit hast du bekommen?“ beklagt Ott.

Ein Karnevalspräsident bekomme Respekt für seine Arbeit, die Menschen in den Bezirksvertretungen zumeist nicht, fügt der SPD-Politiker hinzu. Dafür erntet Ott viel Zustimmung auf dem Podium und Applaus vom Publikum. Ebenso wie Heinen Sympathie erhält, als sie in der Debatte um die Rolle der Medien davon berichtet, wie sie nach der Trennung von einer Boulevard-Zeitung vor die Wahl gestellt worden sei: „Entweder Sie spielen mit und liefern uns ein schönes Foto und eine gute Geschichte mit dem neuen Partner – oder die Berichterstattung über die Scheidung fällt entsprechend negativ aus.“

Eine All-Parteien-Koalition im studio dumont findet sich gar, als jemand aus dem Publikum die Frage stellt, ob der Bundespräsident künftig besser vom Volk

gewählt werden solle. Nein, sagt der Bundestagsabgeordnete Matthias W. Birkwald von den Linken. „Dann hätten wir eine indirekt – also vom Parlament gewählte – mächtige Kanzlerin, aber einen direkt gewählten, mit wenigen Befugnissen ausgestatteten Präsidenten. Das passt doch vorne und hinten nicht zusammen.“ Da kann auch der frühere Bundesjustizminister Gerhart Baum (FDP) nur zustimmen.

Der macht sich übrigens keine Sorgen, das Amt des Bundespräsidenten könnte nachhaltig ramponiert sein: „Wulff hat sich selbst beschädigt, aber doch nicht das Amt. Sobald jemand kommt, der es wieder ausfüllen kann, ist das alles vergessen.“ Bis dahin, weiß Joachim Frank, wird es für den Steuerzahler zumindest nicht allzu teuer. Gerade einmal 37 Cent kostet der Bundespräsident jeden Deutschen im Jahr, hat er ausgerechnet. Damit ist der Etat des gesamten Präsidentialamtes finanziert, inklusive aller Zuwendungen für noch lebende Vorgänger. Als hätte die nicht jeder selbst für einen umstrittenen Präsidenten übrig...

Auf Freundschaften mit Interessenskonflikten verzichten

Lösen sich also alle Probleme in Wohlgefallen und Freundschaft auf? Gerade über den Umgang mit letzterer gibt es dann doch noch ein Scharmützel. Ein Zuschauer regt an, Politiker sollten doch einfach in den Fällen auf Freundschaften verzichten, in denen sie Interessenskonflikte zu befürchten seien. „Ich mache Energiepolitik“, sagt Heinen. „Dann dürfte ich keine Freundschaft mehr mit jemandem haben, der mit diesem Thema im weitesten etwas zu tun hat.“ Der grüne Landtagsabgeordnete Arndt Klocke kontert: „Vergleichbar mit der Causa Wulff wäre ihr Fall nur, wenn Sie zwei Wochen beim RWE-Vorstandsvorsitzenden Urlaub machen würden.“

Würde Heinen natürlich nicht. Aber sie steckt die Kritik an Wulffs Stelle ein. In einer Schlussrunde mit persönlichen Fragen wird die CDU-Politikerin gefragt, ob sie am Tag schon eine gute Tat getan habe. „Sie sind hier hergekommen“, ruft eine Zuschauerin. Und Heinen nickt.

<http://www.ksta.de/jks/artikel.jsp?id=1326285630395>

Copyright 2011 Kölner Stadt-Anzeiger. Alle Rechte vorbehalten.